

JOURNAL

unabhängig | unerschrocken | kompromisslos

FRANZ WEBER

Januar | Februar | März 2012 | Nr 99 | AZB/P.P. Journal 1820 Montreux 1



**Schluss mit
uferlosem Bau
von Zweitwohnungen**

JA

am 11. März 2012

zweitwohnungsinitiative.ch
Fondation Franz Weber & Helvetia Nostra

www.ffw.ch



Vera und Franz Weber
(Bild: Marcus Gyger)

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Dass unsere Nummer 99 vor allem auf die kommende Volksabstimmung vom 11. März ausgerichtet ist, werden Sie als Schweizer Bürgerinnen und Bürger verstehen, und unsere Leser im Ausland werden es uns verzeihen. Denn am 11. März 2012 wird über unsere eidgenössische Verfassungsinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» abgestimmt.

Mit einem JA zu dieser Initiative können wir unsere noch unversehrten Landschaften und Ortschaften vor weiterer Verbauung und Verunstaltung durch (fast immer leer stehende) Zweitwohnungen bewahren, können wir unsere einheimische Tierwelt und unsere weltberühmte, einzigartige Schweizer Bergwelt und nicht zuletzt auch unseren Tourismus für die Zukunft retten.

Unser heutiges Journal Nr 99 erklärt Ihnen, warum Ihre Zustimmung zu dieser Initiative so wichtig ist.

Ihr JA wird ein Geschenk der Liebe an unsere Heimat sein, aber auch ein Akt der Vernunft und der Sorge für unser schönes, unersetzliches Land und seine Zukunft.

Franz Weber Vera Weber

Impressum

Herausgeber: Franz Weber für die Fondation Franz Weber und Helvetia Nostra
Chefredaktor: Franz Weber
Redaktion: Judith Weber, Walter Fürsprech, Vera Weber, Alike Lindbergh
Druck: Ringier Print Adligenswil AG
Layout: Ringier Print
Redaktion und Administration: Journal Franz Weber, case postale, CH-1820 Montreux (Schweiz), e-mail: ffw@ffw.ch, www.ffw.ch, Tel. 021 964 24 24 oder 964 37 37. Fax: 021 964 57 36.
Abonnements: Journal Franz Weber, Abonnements, case postale, 1820 Montreux. Tel. 021 964 24 24 oder 964 37 37

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck von Fotos oder Texten nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos kann keine Verantwortung übernommen werden.

Schweiz

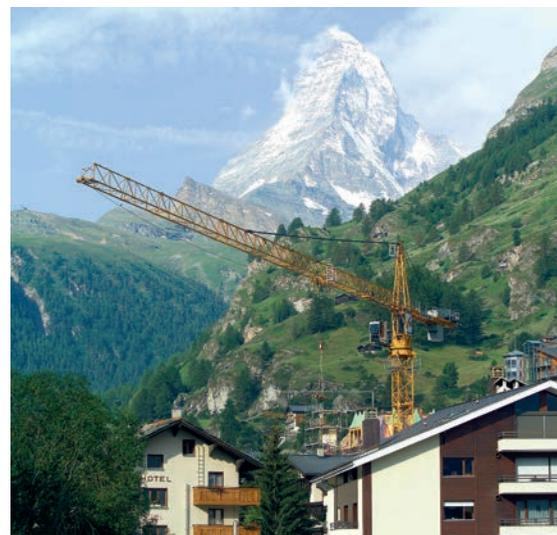
- Philippe Roch** Retten wir die Schönheit unserer Heimat! >> 4
JA zur Franz-Weber-Initiative >>5
Rudolf Schaller Die rechtlichen Aspekte der Zweitwohnungsinitiative >>7
Unsere Initiativ-Botschafter >>9
«Firnlicht» Wo ist meine Schweiz? >>12
Graue Energie >>21
Selbst die Gegner geben uns recht >>23

Tiere

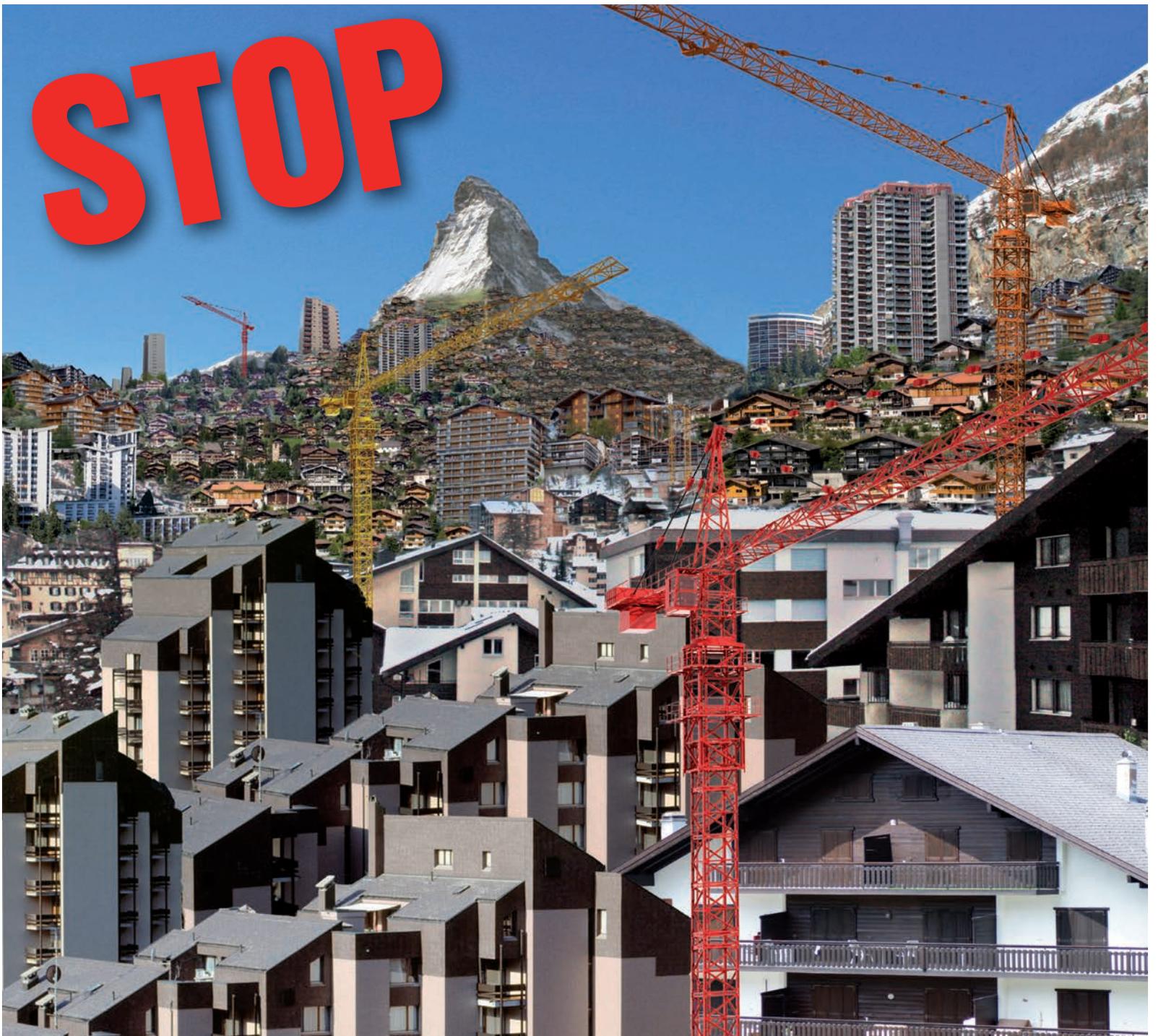
- Kampagne «Infancia SIN violencia»** Schutz für die Unschuldigen >>13
Nordfinken Eine Million Gäste >>16

Natur

- Projekt «Waldstadt Bremer»** >>17



Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen.
JA zur Franz Weber-Initiative am 11. März!



**Schluss mit
uferlosem Bau
von Zweitwohnungen**

JA

am 11. März 2012

zweitwohnungsinitiative.ch
Fondation Franz Weber & Helvetia Nostra

Retten wir die Schönheit unserer Heimat!

Das Glück, in der Schweiz leben zu können, verdanken wir zum grossen Teil der einzigartigen Schönheit von Landschaft und Natur. Doch die landschaftlichen Schätze sind buchstäblich begrenzt. Denn das Landesgebiet ist nicht ausdehnbar. Daher müssen wir unsere Landschaften schonen und schützen.

■ **Gastbeitrag von Philippe Roch***

Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum in der Schweiz verstärken zusehends den Druck auf Boden und Landschaft aus. Unser Land muss dringend seiner Raumordnung Herr werden, um die wunderbare, parkartige Landschaft zu erhalten, mit der uns die Natur so reich beschenkt hat.

Die zunehmende Verbauung des Bodens zieht eine ganze Verkettung von Problemen nach sich. Sie stört natürliche Kreisläufe von Wasser und Luft, reduziert die biologische Vielfalt, die Lebensmittelsicherheit und die pflanzliche Sauerstoffproduktion. Sie vermindert auch die Lebensqualität und schränkt unsere Freiheit ein. Man rufe nur glückliche Erinnerungen wach – an Momente in einer schönen Landschaft, an Sport im Freien, an Kinderspiele in Garten oder Wald, an Ausflüge, Familienpicknicks in unversehrter Natur. Wo sollen unsere Nachkommen noch gleichwertige Erholung finden, wenn der uferlosen Bautätigkeit keine Grenzen gesetzt werden?

Ungenügende Bundespolitik

Die Schweizer Verfassung und die Bundesgesetze enthalten zwar gute Prinzipien, darunter den Schutz der Landschaften, der Natur- und Erholungsräume. Sie schüt-

zen den Waldbestand in seiner Fläche und das Kulturland und reglementieren Wohn- und Gewerbezone. Doch heute ist der Druck zu gross geworden: Kommunale und kantonale Behörden sind kaum noch in der Lage oder Willens, dem Druck wirtschaftlicher Interessen, der Spekulation und dem Bevölkerungsdruck standzuhalten. Die Eidgenossenschaft darf sich daher nicht mehr mit dem Festlegen von Prinzipien begnügen. Sie muss diese auch ganz konkret umsetzen.

Aktuelle Anpassungen im Raumplanungsgesetz RPG bestätigen, dass die Behörden erkannt haben: es gibt ein Problem mit Zweitwohnungen. Doch griffige Vollzugsmassnahmen fehlen weitgehend. Zwar sollen Gebiete ausgeschieden werden, in welchen besondere Massnahmen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Haupt- zu Nebenwohnsitzen schaffen sollen. Aber noch nie hat der Bundesrat einen Bauleitplan abgelehnt, weil sich dieser nicht an die Grundprinzipien des RPG hielt.

Bedrohung für den Tourismus

In Sachen Raumordnung bedürfte es eines klareren und präziseren Rahmens auf Bundesebe-

ne, damit der Boden auf lange Sicht landesweit geschützt ist. Angesichts der zögerlichen Haltung des Parlaments und der Kantone fällt nun dem Souverän die Rolle zu, konkrete Richtlinien zu bestimmen, um fortgesetzten Bodenverschleiss und Landschaftszerstörung einzudämmen. Zeit also, dass das Schweizer Volk den Behörden klar macht: es braucht Grenzen, und diese sind zu vollziehen. Dazu gehört zuallererst, endlich die Landverschwendung durch den uferlosen Bau von Zweitwohnungen zu beschränken. Bauzonen sollten nicht Zweitwohnsitzen, sondern den vorrangigen Bedürfnissen der Bevölkerung dienen: Wohnen, Arbeiten, Freizeit.

In der Schweiz bringt der Tourismus jährlich rund 30 Milliarden Franken ein, 60 Prozent davon entfallen auf inländische, 40 Prozent auf ausländische Gäste. Intakte Landschaften sind der wichtigste Magnet für Touristen, die Schweiz zu besuchen. Hotellerie und Parahotellerie können diese Gäste aufnehmen. Gleichzeitig sichern diese viele Arbeitsplätze und eine effiziente Bodennutzung. Zweitwohnungen hingegen schädigen Hotellerie und Pa-

rahotellerie gleich doppelt. Sie verdrängen sie und verschandeln die Landschaft, was Touristen abschreckt. Zweitwohnungen bedeuten zwar kurzfristigen Profit für Spekulanten, langfristig aber belasten sie in bereits erwähnter Weise das Gemeinwohl.

Deshalb Ja stimmen

Bauunternehmen fänden durch den Bau von permanenten Wohnsitzen und Hotelunterkünften sowie durch Unterhalts-, Renovations- und Isolationsarbeiten an bestehenden Gebäuden einen mindestens gleichwertigen Ersatz für den Zweitwohnungsbau. Gleichzeitig würde mit Gebäudeisolationen der eidgenössischen Energiepolitik Rechnung getragen, in ihrem Bestreben zu mehr Energieeffizienz und Unabhängigkeit in der Energieversorgung.

Ein Ja zur Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» ist daher gleichzeitig ein Liebesbekenntnis für unser schönes Land und eine Garantie für eine lebenswerte Zukunft in der Schweiz. ■

* Philippe Roch ist ehemaliger Direktor des Bundesamts für Umwelt



Engadin – Ohne Franz Webers Weitsicht und Rettungskampagne (1965 bis 1971) wäre die Oberengadiner Seenlandschaft heute ein einziges Häusermeer.

Die Initiative im Klartext

20 Prozent. Das ist die Zielmarke der Initiative "Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!" Eine Gemeinde sollte nicht mehr als 20 Prozent Zweitwohnungen aufweisen.

Wo dieser Anteil bereits heute höher liegt, kommt es zum Baustopp für Zweitwohnungen, wenn die Initiative angenommen wird. Es braucht griffige Massnahmen. Unsere Ferienorte dürfen nicht weiter in die Berglandschaft hinein wuchern.

Bestehende Zweitwohnungen können aber erhalten bleiben, auch in Gemeinden mit einem Anteil von mehr als 20 Prozent Zweitwohnungen. Sie müssen weder umgewandelt, noch umgebaut oder rückgebaut werden.

Keine neuen leerstehenden Gebäude. Keine weitere Zersiedelung und Zerstörung der Landschaft. Schluss mit dem preistreibenden Bau-Wucher, der die einheimischen Mieter/innen aus dem eigenen Dorf vertreibt, weil alles zu teuer wird.

Ja zur Initiative am 11. März 2012:

"Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen"



Samedan – Durch die grassierende Bauspekulation ist das Wohnen so teuer geworden, dass Einheimische wegziehen müssen.



Gruyères – Intaktes Dorfbild. Solche Kostbarkeiten müssen wir erhalten – für uns und unsere Kinder.



Philippe Roch, ehemaliger Direktor des Bundesamts für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal)

Der Wirtschafts- und Siedlungsdruck in der Schweiz verlangt eine grössere Disziplin in Sachen Bau- und Raumplanung. Für die Erhaltung des wunderbaren Landschaftsgartens, den uns die Natur geschenkt hat, sage ich JA zur Initiative.



Adi Bohren, Wirt, Grindelwald
Wohnungen für Einheimische! Und zum Schutz unserer wunderschönen Tourismuslandschaft Schweiz stimme ich JA.



Christoph Wiesler, Deutschlehrer, Lavin (Unterengadin)

Durch den Zweitwohnungsboom wird Wohnen immer teurer, immer mehr Menschen, die im Oberengadin arbeiten, können sich hier aber keine Wohnung mehr leisten und müssen wegziehen. Das darf nicht sein, deshalb stimme ich JA.



Simmental – Es gibt sie noch, die fast unangetasteten Schweizer Landschaften. Aber wie lange noch? Das hängt allein von uns ab!

Warum JA stimmen

- **600'000 Zweitwohnungen in der Schweiz sind genug** Vom Chalet bis zum 10-stöckigen Haus. → Schluss mit dem steigenden Meer von Zweitwohnungen, die fast immer leer stehen!
- **Bedrohte Heimat** Auch unsere Kinder sollen noch eine intakte Bergwelt erleben dürfen. → Schluss mit den seelenlosen Überbauungen durch Zweitwohnungen!
- **Intakte Landschaften sind ein Trumpf** Noch mehr Zweitwohnungen bedrohen diesen Trumpf. → Schluss mit verschandelter Bergwelt, die unseren Tourismus gefährdet!
- **Schnelles Geschäft und Spekulation** Die Bauwut verteuert alles massiv. → Schluss mit weiterem Verlust von günstigem Wohnraum für die Einheimischen!
- **Ein Quadratmeter – pro Sekunde** So viel Land geht in der Schweiz verloren. → Schluss mit weiterem Verlust von wertvollem Kulturland wegen Zweitwohnungen!
- **Leitplanken, für die ganze Schweiz** Unsere Initiative gibt diese Leitplanken vor. → Schluss mit dem Wildwuchs von Zweitwohnungen in unserem Land!
- **Das Volk bestimmt** Zu lange haben Gemeinden und Behörden der Zweitwohnungs-Bauwut tatenlos zugeschaut oder sie sogar unterstützt. → Damit muss jetzt Schluss sein!



Emil Feuz, Bergführer, Unterbach, Berner Oberland

Es bringt letztlich niemandem etwas, wenn wir unsere eindrucklichen, wunderschönen Bergtäler bis zum Ersticken mit Zweitwohnungen überstellen. Der vernünftige Weg führt über eine drastische Beschränkung und eine optimale Auslastung der Hotels und der schon bestehenden Ferienlogis.



Reto Pedotti, Gemeindepräsident, Ftan

Bei uns können sich Einheimische keine Wohnung mehr leisten. Das kann es doch nicht sein. Die Problematik mit den Zweitwohnungen kann nur grossflächig gelöst werden. Deshalb stimme ich JA.

Die rechtlichen Aspekte der Zweitwohnungsinitiative



St. Moritz

Angesichts der jahrzehntelangen Fehlentwicklung in den touristisch attraktiven Regionen soll nun mit konkreten Beschränkungen endlich dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen ein Riegel geschoben werden. Es geht darum, dem verfassungsmässigen Auftrag der Nachhaltigkeit im Sinne des Artikels 73 der Bundesverfassung auf diesem Gebiet nachzukommen.

■ Rudolf Schaller, Rechtsanwalt

Am 11. März 2012 haben die Schweizer Bürgerinnen und Bürger mit der Annahme der Zweitwohnungsinitiative die Chance, einen bedeutenden Beitrag zur Erhaltung einer lebenswerten Schweiz zu leisten.

Den Boden zweckmässig und haushälterisch nutzen. Das Land vernünftig und gesund besiedeln. Dazu sind die Kantone gemäss Artikel 75 der Bundesverfassung schon heute verpflichtet. Dies will auch Franz Webers Initiative «Schluss mit uferlosem Bau

von Zweitwohnungen». Wenngleich Gegner des Volksbegehrens dies immer wieder unterstellen, richtet sich die Initiative nicht gegen Zweitwohnungen oder Ferienwohnungen an sich.

Das Begehren will aber verhindern, dass an gewissen Orten mit oft spekulativem Kapital Wohnungen gebaut werden, die im Schnitt höchstens 30 bis 40 Tage pro Jahr belegt sind. Angestrebt ist ein Ausgleich zwischen Wohnraum für Einheimische und ebendiesen leerstehenden Wohnungen. Die Begrenzung des Zweitwohnungs-Anteils auf 20 Prozent ist bescheiden, weisen doch heute gemäss der amtlichen Statistik nur die Kantone Obwalden, Grau-

bünden, Tessin und das Wallis mehr als 20 Prozent Zweitwohnungen auf.

Auftrag an die Gemeinden

Das schweizerische Recht überlässt die Zuständigkeit für die Raumplanung weitgehend den Gemeinden. Die Zweitwohnungsinitiative trägt diesem Umstand Rechnung. Sie beschränkt sich darauf, mit dem neuen Artikel 75a der Bundesverfassung den Gemeinden vorzuschreiben, bei der Raumplanung in Zukunft für wirklich dauerhaft genutzten Wohnraum 80 Prozent der Wohnzone zu reservieren. Wie sie dieses Ziel verwirklichen, liegt in der Kompetenz der Gemeinden. Es besteht eine ganze Anzahl von planeri-

schen Massnahmen, um den Ausgleich zwischen Erst- und Zweitwohnungen zu erreichen. Dies weist das Bundesamt für Raumentwicklung ARE in drei vor kurzem erschienenen Berichten unter dem Titel «Zweitwohnungen; Planungshilfen für die kantonale Richtplanung» nach. Schon im Jahr 2005 nahm das Stimmvolk im Kreis Oberengadin eine Initiative zur Begrenzung des Zweitwohnungsbaus mit fast einem Dreiviertelmehr an. Der Kreisrat des Oberengadins hielt fest, eine Plafonierung sei das wirksamste Mittel gegen einen überbordenden Zweitwohnungsbau. Von der Kontingentierung befreit sind Umnutzung von altrechtlichen



Davos – Kisten und Klötze fressen sich die Bergflanken hinauf. Ein Diebstahl am Erbe unserer Kinder. Eine Schande für unsere Generation!

Wohnungen, Umbau, Erneuerung und Wiederaufbau im Umfang des altrechtlichen Bestandes und geringfügige Erweiterungen von altrechtlichen Wohnungen.

Silvaplana versucht es mit einer Steuer auf nicht vermieteten Zweitwohnungen. Grindelwald benutzt das im Berner Baugesetz vorgesehene Recht der Gemeinden, einen Erstwohnungsanteil festzulegen, verbunden mit einem Umnutzungsverbot. Dieses Umnutzungsverbot gilt allerdings zu Recht nicht für Erben einer Wohnung, die aus der Gemeinde ausgezogen sind.

Föderalismus und Gemeindeautonomie

Der neue Artikel 75a der Bundesverfassung im Sinn der Zweitwohnungsinitiative verpflichtet die Raumplanungsbehörden, das heisst Kantone und Gemeinden, bei Änderung der Zonenpläne und bei der Erteilung von Baubewilligungen in Zukunft die Limite von 20 Prozent Zweitwohnungen zu beachten.

Aus Respekt für den Föderalismus und die in der Schweiz

sehr geschätzte Gemeindeautonomie überlässt Initiative die Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen den Gemeinden. Nur eine Verpflichtung enthält der 2. Abschnitt des Initiativtests: Die Pflicht zur Veröffentlichung des Erstwohnungsanteilsplans.

Die umfangreichen Vorarbeiten des ARE werden den einzelnen Gemeinden helfen, die geeigneten Bestimmungen zur Anwendung des Verfassungsartikels 75a in ihre Baureglemente aufzunehmen und, wie etwa die Gemeinde Grindelwald, Ausnahmebewilligungen für Härtefälle vorzusehen.

Nachhaltige Entwicklung

Der neue Artikel 75a fügt sich in den 4. Abschnitt «Umwelt- und Raumplanung» der Bundesverfassung ein. Im Gegensatz etwa zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, ist hier nicht der Eigentümer oder der Mieter direkt betroffen. Denn es geht ja lediglich um neue Zweitwohnungen. Solche dürfen nur unter Beachtung der 20-

Prozent-Grenze gebaut werden. Die Rechte an den bestehenden Wohnungen bleiben bestehen. Auch Erben von Zweitwohnungs-Eigentümern profitieren von diesem Rechtsbestand, da ja der Erbe in die Rechte des Erblassers eintritt. Die Initiative fordert nicht, dass die Gemeinden nach dem Beispiel von Grindelwald ein Umnutzungsverbot einführen.

Es ist nicht Ziel der Initiative, in die Raumplanungsentscheide der Gemeinden direkt einzugreifen. Angesichts der jahrzehntelangen Fehlentwicklung in den touristisch attraktiven Regionen soll aber nun mit konkreten Beschränkungen endlich dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen ein Riegel geschoben werden. Es geht darum, dem verfassungsmässigen Auftrag der Nachhaltigkeit im Sinne des Artikels 73 der Bundesverfassung auf diesem Gebiet nachzukommen.

Drei Komponenten

Eine nachhaltige Entwicklung respektiert die Anliegen von drei Bereichen: Wirtschaft, Umwelt und Soziales. Nehmen wir den Fall Crans-Montana (Wallis): Dort hat die Bettenzahl in Hotels von 8500 im Jahr 1985 auf 1500 im Jahr 2010 abgenommen. Renovationsbedürftige Hotels wurden systematisch zu lukrativen Zweitwohnungen umgebaut. Diese Verdrängung hat einen massiven Rückgang der Logiernächte ausgelöst. Sie betrifft somit den Arbeitsmarkt, den Umsatz der touristischen Anbieter (Läden, Boutiquen, Restaurants usw.) und auch die Einnahmen aus Kurtaxen. Dies ist keine gesunde volkswirtschaftliche Entwicklung. Betrachtet man gleichzeitig das Umweltsanliegen, so führt der Bau von Zweitwohnun-

gen zu einer Übernutzung von Boden und zur Verschandelung von Landschaften und Ortsbildern. Wie in den Planungsunterlagen für Zweitwohnungen zu lesen ist, generieren Hotels ca. 13 Millionen Franken touristischen Gesamtumsatz pro Jahr und Hektare Bauland, während bei Zweitwohnungen dieser Umsatz bei 0,375 Millionen Franken pro Hektare liegt. Zweitwohnungen benötigen also für denselben Umsatz 35 mal mehr Boden. Damit steht klar fest, dass der übermässige Zweitwohnungsbau nicht nur die Hotellerie ruiniert. Er hindert auch die Kantone an der verfassungsmässigen Verpflichtung, die nötigen Massnahmen zur Sicherstellung einer «zweckmässigen und haushälterischen Nutzung des Bodens und einer geordneten Besiedlung des Landes» (Art. 75 Bundesverfassung) zu ergreifen.

bleibt die soziale Komponente. Heute haben weite Kreise der Bevölkerung genug von Wohnpreisen und Mietzinsen, die wegen des oft spekulativen Zweitwohnungsbaus derart in die Höhe schnellen, dass Einheimische aus ihren seit Generationen bewohnten Dörfern verdrängt werden. In einem offenen Brief an den Anzeiger von Saanen vom 24. April 2009 empörte sich eine grosse Anzahl junger Saanerinnen und Saaner über den Ausverkauf ihrer geliebten Bergdörfer. Gstaad verwandle sich in der Zwischensaison in ein lebloses Geisterdorf. Vielsagend schrieben sie unter anderem:

«...Warum müssen extrem wohlhabende Gstaad-Gäste ihr Kleingeld in luxuriöse Immobilien und in weitere Boutiquen investieren und damit uns Einheimischen einen Teil unserer Existenz und Tradition wegnehmen?...» ■

Die Botschaften unserer Botschafter

Einheimische müssen wegen Spekulation und Wucherpreisen wegziehen oder werden in ihren eigenen Dörfern an erbärmlichste Schattenlagen parkiert. Reiche Auswärtige und Ausländer parkieren unterdessen ihr Fremdgeld in Form von Zweitwohnungen an bester Lage in unserer schönen Bergwelt. Immer mehr Beton in der Landschaft, Schwund von Kulturland, geschlossene Fensterläden und kalte Betten während zehn Monaten im Jahr – das sind die Folgen dieser verfehlten Kapitalanlagen von Reichen und Spekulanten. Derweil wird unser Kapital, die Schönheit der Heimat, buchstäblich verspielt. Fünf unserer Botschafter aus allen Sprachregionen der Schweiz rufen Stopp! Als eindruckliche Botschaft gegen den uferlosen Bau von Zweitwohnungen schildern sie uns exklusiv ihre Eindrücke, ihre Meinung und persönliche Betroffenheit.

■ Silvio Baumgartner

Philippe Roch

Die Lebensqualität in unserem Land verdanken wir zu einem ganz grossen Teil der Schönheit unserer Landschaften und der Natur. Doch es schmerzt mich zu sehen, wie wir durch Bevölkerungsdruck und Wirtschaftswachstum daran sind, dieses wunderbare Kapital aufs Spiel zu setzen. Ich sehe es im Genfersee-Bogen; am Jura-Fuss; im Wallis und anderen Regionen der Romandie: neue Überbauungen, wohin das Auge reicht. Auch die Zweitwohnungen tragen erheblich bei zum Zubetonieren von immer mehr Boden. Durch ihre mangelhafte Nutzung bedeuten sie

einen besonders unnötigen Landverschleiss. Die uferlose Bautätigkeit in unserem Land hat irreversible Folgen für das Kulturland, die Landschaftsästhetik, die Natur, die Artenvielfalt und unsere Versorgungssicherheit. Werden die Kinder künftiger Generationen noch unbeschwert im Freien spielen, sich in unverdorbener Landschaft und Natur erholen und deren Schönheit geniessen können? Das Schweizer Raumplanungsgesetz kennt grundsätzlich gute Prinzipien für den Erhalt von Boden und Landschaft. Aber es mangelt ganz offensichtlich an der Durchsetzung. Wenn Bundesrätin Leuthard denkt, es reiche aus, etwas ins

Bundesgesetz zu schreiben, dann träumt sie. Deshalb brauchen wir konkrete Ziele und konkrete, schweizweit verbindliche Instrumente zu deren Umsetzung in der Bundesverfassung. Die Initiative gegen uferlosen Bau von Zweitwohnungen ist ein richtiger Lösungsansatz. Ein Ja zur Zweitwohnungsinitiative ist ein Liebesbekenntnis für unser schönes Land und eine Zukunftsgarantie.

Philippe Roch, Russin VD, ehem. Direktor von WWF Schweiz und des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft, heute unabhängiger Umweltberater.





Flurina Bezzola

Ich erinnere mich gut, wie wir als Kinder jeweils in Pontresina, wo ich aufgewachsen bin, für Sammlungen von Haus zu Haus gingen. Schon damals gab es ganze Dorfteile, wo sich niemand aufhielt. Geschlossene Fensterläden, überall klingeln, nirgends eine Antwort. Bald wussten wir genau, welche grossen Gebäude an bester Lage man gleich auslassen konnte, weil sie ausserhalb der Saison vollständig leer standen. Zu den Stosszeiten aber ist dann alles übervoll... Wer als Einheimischer erschwinglich wohnen will, kann die gute Lage vergessen. Viele Leute vom Dorf dürfen am Ende noch irgendwo an einer lärmenden Strasse und wo die Sonne nie hinkommt, ihr Dasein fristen. Wir schätzen auswärtige Gäste. Tourismus ist für uns sehr wichtig. Aber das kann's wohl nicht sein, wenn schöne Bergdörfer zu ungastlichen Städten verkommen und Einheimische aus ihrer eigenen Heimat vertrieben werden. Deshalb muss der Zweitwohnungsbau eindeutig begrenzt werden.

Eine einheitliche, gesamtschweizerische Lösung und eine Plafonierung bei 20 Prozent, wie sie die Zweitwohnungsinitiative vorschlägt, finde ich erstrebenswert. So haben alle Kantone und Ge-

meinden die gleichen Bedingungen. Mehr Gerechtigkeit entsteht. Denn in Gemeindeversammlungen haben es Gesetze zur Eindämmung des Zweitwohnungsbaus schwer, durchzukommen. Zweitwohnungen bedeuten nur kurzfristigen Profit. Aber sie fressen schönes Land und sind langfristig ein grosses Problem. Es heisst, das einheimische Gewerbe profitiere von der Bauerei. Das trifft auch nur sehr bedingt zu. Die Bautätigkeit ist oft so überhitzt, dass die einheimischen Betriebe überlastet sind und dann ausländische Firmen bauen. Wer soll das noch gut finden, ausser diejenigen, welche das schnelle Geld machen? Als Coiffeuse mache ich derzeit die Berufsmatur in Chur. Gerne würde ich aber nach Pontresina zurückkehren, um dort zu leben. Aber mit meinem Einkommen kann ich eine erschwingliche Miete oder bezahlbares Eigentum gleich vergessen. Wir müssen unser schönes Land besser bewahren und auch auf die Natur und die Tiere achten. Deshalb empfehle ich allen: Ja stimmen zur Zweitwohnungsinitiative!

Flurina Bezzola, Pontresina/Chur GR, Coiffeuse, Wochenaufenthalterin in Chur, Grossrats-Stellvertreterin im Engadin, war im Herbst Juso-Nationalratskandidatin.



Claudio Plank

Was für ein Glück für mich, in einem Tal wohnen zu können, wo kein Bevölkerungs- und Siedlungsdruck herrscht. Die Natur ist wunderbar, der Boden erschwinglich, mir ist es hier wohl. Auch das gibt es noch in der Schweiz. Die Region hier ist abgelegen und für die grossen Touristenströme wenig attraktiv. Möge es so bleiben. Bei einem Blick von hier hinunter auf den Tessiner Talboden, in Richtung Locarno, sieht es schon ganz anders aus. Da kann es einem angst und bange werden. Tagsüber sieht es fast aus wie ein einziges Häusermeer, nachts wie ein Lichtermeer. Für viele Investoren aus der Schweiz, dem benachbarten Italien und auch anderen Ländern ist das Tessin sehr attraktiv für den Häuserbau als Kapitalanlage.

Viele der in den letzten Jahren im Tessin neu entstande-

nen Wohngebäude stehen fast immer leer. Zweitwohnungen sind besonders unsinnig. Sie verschlingen Land, bloss damit sie nachher fast dauernd leer stehen. Sie sind für den kurzfristigen, kurzfristigen Profit einzelner Spekulanten da. Langfristig trägt den Schaden dafür die Gemeinschaft. Die Schweiz ist schon genug zugebaut. Künftig soll sich die Schweizer Bauwirtschaft vermehrt auf den Unterhalt der bereits bestehenden Gebäude konzentrieren. Beispielsweise durch bessere Massnahmen der Wärmedämmung. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag zur Energieeinsparung geleistet. Man kann es drehen wie man will: Die Initiative gegen uferlosen Bau von Zweitwohnungen kommt noch gerade zur rechten Zeit. Es ist Zeit, Ja zu sagen und zu handeln.

Claudio Plank, Intragna TI, Bergbauer.



Adi Bohren

Jedes Mal, wenn ich nach Grindelwald zurückkam, mein geliebtes Dorf, in dem ich aufgewachsen bin, standen wieder neue Bauprofile irgendwo in schönstem Landschaftsland; waren wieder neue Chaletbauten wie Pilze aus dem besten Boden geschossen. Damals fiel mir dies erstmals so richtig auf. Dabei war ich jeweils gar nicht besonders lange weg. Ich arbeitete während 17 Jahren als Flughelfer, neun Monate Arbeit, drei Monate frei, meist auf Reisen. Nach der Zeit als Flughelfer führte ich während 14 Jahren ein Bergrestaurant. Es war buchstäblich naheliegend, mich zu dieser Zeit in Grindelwald nach einem Eigenheim umzusehen. Einige konkrete Objekte interessierten mich. Darunter ein Haus, das nicht einmal eine direkte Zufahrt hatte; man musste die letzten 100 Meter zu Fuss gehen. Ich liess unabhängig schätzen, was etwa zu zahlen wäre und rundete auf, denn ich wusste: Grindelwald ist teuer. Doch für die Eigentümerin war mein Angebot lächerlich. Kurz darauf ging die Liegenschaft als private Zweitwohnung an einen Engländer: für 2,4 Millionen – etwa das Dreifache dessen, was ich geboten hatte.

Aber gewisse Inserate von Spekulanten schlagen dem

Fass endgültig den Boden aus. Da werden Häuser zum Verkauf angeboten „ideal geeignet für eine einheimische Familie“, wie es in den Inseratentexten heisst.

Dann schaut man sich den Standort dieser tollen Liegenschaften an: Schattenlage, den ganzen Winter keine Sonne, an der Hauptstrasse, an der Bahn, am besten noch zwischen beidem drin, oder neben einem Industriequartier. Da dürfen also die Einheimischen noch wohnen, während an schönster Lage das beste Kulturland zugebaut worden ist mit Häusern, die vielleicht zehn Monate im Jahr leer stehen. Deshalb gründeten wir mit einigen Kollegen den Verein gegen die masslose Überbauung Grindelwalds. Innert kürzester Zeit hatten wir 300 Mitglieder. Das zeigt, wie der Unmut bei uns im Tal wächst. In der Gemeinde wird der Ärger der Einheimischen mittlerweile auch wahrgenommen. Aber noch gehen die getroffenen Massnahmen zu wenig weit. Deshalb bringt die Initiative gegen uferlosen Bau von Zweitwohnungen einen richtigen Lösungsansatz zur richtigen Zeit.

Adi Bohren, Grindelwald BE, gelernter Metzger, Flughelfer, Restaurantbetreiber und gegenwärtig Pächter einer Skihütte auf Grindelwald First.



Robert Obrist

Als junger Architekt baute ich in den 60er Jahren unter anderem auch Zweitwohnungen. Aber schon damals mit einem mulmigen Gefühl im Bauch. Es war auch vor 40 Jahren, zur Zeit eines Baubooms, schon klar, wohin dies führen würde, wenn man vorausdachte und es Jahr für Jahr so weiterginge. Zum Schlüsselerlebnis wurde für mich Franz Webers Initiative zum Schutz der Engadiner Seenlandschaft zu Beginn der 70er Jahre. Das machte Franz Weber damals für viele im Engadin zum Feindbild. Diese Initiative hat aber in den Köpfen viel bewegt und in der Folge auf der politischen Ebene Früchte getragen. Von der aktuellen Zweitwohnungsinitiative hoffe ich natürlich, dass sie angenommen wird. Sie wäre wiederum wertvolle Vorleistung für eine neue Bewusstseinsbildung.

Wenn grosse Fremdgeld-Einflüsse von aussen in eine Region kommen, dann reisst die organische Kontinuität und

die Nachhaltigkeit ab. Begehrlichkeiten ufern aus, auf Kosten der Qualität. Zweitwohnungen sind parkiertes Fremdgeld. Die landschaftliche Schönheit im Oberengadin zieht trotz der hohen Preise internationales Kapital an, und die Versuchung für viele ist gross: warum nicht in eine Zweitwohnung als sichere und lukrative Geldanlage investieren? Für mich besteht kein Zweifel, dass ein sehr beträchtlicher Anteil der Zweitwohnungen im Oberengadin parkiertes Grau- und Schwarzgeld ist. Ich wünsche mir sehr, dass die Initiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen“, wie schon Franz Webers Seenschutz-Initiative zu Beginn der 70er Jahre, Zukunftssignale setzt. Sie bestätigt, dass die regionale Initiative „Wohnen im Engadin“ ein politischer Schritt in richtige Richtung ist.

Robert Obrist, St. Moritz GR, Architekt, Urbanist und Raumplaner, Initiant der Regionalplanung Oberengadin.

Wo ist meine Schweiz?

«Was haben wir getan? Was haben wir zugelassen?» werden wir uns schon in naher Zukunft fragen, wenn wir jetzt nicht Halt rufen! Genug! Stopp der überbordenden, bodenfressenden, landschaftsvernichtenden Bauerei in unseren touristischen Regionen!

Ein Schatz von Juwelen

Die schönsten und kostbarsten Stücke sind es, die wir ge-

dankenlos abtreten, die wunderbarsten unserer einzigartigen Juwelensammlung. So gehen wir um, so lassen wir umgehen mit dem einst sorgsam gehüteten Familienschmuck der Schweiz, der das Erbe unserer Kinder ist – unsere Bergwelt mit den tief-schwarzen Wäldern und den sanftgrünen Hängen, mit den Silberketten und Perlen-schnüren unserer kristallklaren Bergbäche und Wasserfäl-

le, mit den Seen, türkis und aquamarin, wenn sich der Himmel in ihnen spiegelt und sie zum Glitzern und Funkeln bringt und zum Leuchten in allen Farben und Schattierungen der Opale, wenn die Gewässer aufgewühlt sind oder milchig weiss, hoch droben in den Gletschern. Und die verstreuten Rubine der Alpenrosenwiesen gehören dazu mit ihrem Duft nach Thymian, und

die Burgen der Murmeltiere, und die heimlichen Reviere des Auerhahns und die schroffen Höhen, wo das Steinwild steht. Und das vertraute Urbild unserer Bergdörfer und das Heimatgefühl unserer traditionellen Bauerndörfer – und so manche andere Perlen, die wir bereit sind, um einen schnellen Profit der Immobilienspekulation und masslosen Überbauung hinzuwerfen.

«Firnelicht»



Matterhorn im Firnelicht

Wir stellen uns unsere Heimat immer wieder als intaktes, unangetastetes Stück Natur vor... Ach, wie weit sind wir schon davon entfernt!

Gar nicht unrealistisch ist das Bild, heute noch Fotomontage, auf dem das Wahrzeichen und die Krone der Schweiz, das Matterhorn,

bis unter seine Spitze verbaut dargestellt wird. Das Matterhorn im Häusermeer – übertrieben? Wir sind schon mitten auf dem Weg dorthin! Immer weiter hinaus flutet der Siedlungsbrei, immer höher hinauf kriechen Jumbochalets und Apartmentblöcke, immer näher den schneeigen Gipfeln entgegen. Welche geistigen

Bilder vom berühmten Touristenland Schweiz tragen unsere ausländischen Gäste mit nach Hause? Sind es Bilder, die sie zum Wiederkommen motivieren? Können sie über den Anhäufungen von Kisten und Klötzen und Crèmeschnittenchalets, von Strassengewirr, Parkplätzen und Sportanlagen «das Firnelicht» noch wahrnehmen,

«das grosse, stille Leuchten», von dem unser Conrad Ferdinand Meyer sprach?

«Was kann ich für die Heimat tun?» fragt er in seinem unsterblichen Gedicht «Firnelicht». «...Was geb ich, das dem Tod entflieht? Vielleicht ein Wort, vielleicht ein Lied, ein kleines, stilles Leuchten...»

Was können wir, heutige Schweizerinnen und Schweizer, für die Heimat tun? Was können wir ihr geben? Die Antwort ist einfach, liegt auf der Hand.

Es ist ein Wort.

Ein Ja.

Ein Ja der Liebe und Sorge für unser wunderbares, einziges und unersetzliches Land.

**Das JA am
11. März 2012 !**

Judith Weber

Kampagne «Infancia SIN viOLEncia»

Schutz für die Unschuldigsten: Kinder und Tiere



Brutalität, Gewalt und Blut – direkt vor den Augen der Kinder

■ Vera Weber

«Infancia SIN viOLEncia» – Kindheit ohne Gewalt. Dies ist die neue Kampagne der Fondation Franz Weber. Ziel ist ein Zutrittsverbot von Minderjährigen zu den grausamen Stierkampfveranstaltungen. Sei es als Zuschauer, als Schüler in Corrida-Schulen, in denen das Foltern und Töten von Tieren gelehrt wird, oder als angehender professioneller Torero in Ländern, wo der Stierkampf noch legal ist: Zutritt für Minderjährige verboten.

Stierkampf (Corrida) – das ist ein öffentliches Spektakel, das darin besteht, einen Stier im geschlossenen Rund der Arena vor den Augen eines Publikums zu einem aussichtslosen Verteidigungskampf zu zwingen und ihn dabei langsam und raffiniert zu Tode zu quälen. Der Stier, nach langer Folter geschwächt und völlig erschöpft, wird schliesslich mit einem Dolchstoss getötet und stirbt letztendlich, weil sich seine Lungen mit Blut füllen.

Dass diese Industrie des Vergnügens an der Tiermarter, die Stierkampfindustrie, auch regelmässig Kinder zu beeinflussen und zu vereinnahmen sucht, ist indessen der Gipfel des Horrors.

Der Grund für diese Perversionsion ist einfach. Die Stierkampflobby will ihre grausame Tradition auch in Zukunft fortgeführt wissen. Deshalb rekrutiert sie eifrig neue Anhänger aus der nächsten Generation: Kinder. Zur «richtigen Erziehung» kommen sie



Die meisten Kinder sind traumatisiert. Andere aber werden abgestumpft und gehören zur nächsten Generation von Stierkampf-Fans.

gerade recht – sie sind noch beeinflussbar. Die Industrie der Corrida kennt keine Skrupel. Ohne Zögern holt sie sich die Kinder, zum Beispiel für Stierkampfschulen, wo diese lernen, zu quälen und zu töten. Oder das Sendungsbewusstsein der Corrida-Lobby erreicht die Jüngsten durch TV-Übertragungen von Stierkämpfen zur besten Kindersendezeit, um 17.00 Uhr.

Wichtige Ziele

Deshalb will unsere Kampagne «Infancia SIN viOLEncia» – übrigens ein Wortspiel aus den Grossbuchstaben «SIN» (ohne) und «OLE», dem traditionellen Zuruf des Publikums an den kämpfenden Torero – folgende Ziele erreichen:

■ Eintrittsverbot für Minderjährige in Stierkampfarenen

und bei sonstigen volkstümlichen Veranstaltungen und Festen, in denen Stiere gequält werden.

■ Verbot von Fernsehübertragungen von Stierkämpfen und volkstümlichen Festen, in denen Stiere gequält werden, ganz besonders zu «kindergerechten» Sendezeiten.

■ Eintrittsverbot von Minderjährigen in Stierkampfschulen.

■ Verbot von Kindertoreros

Sukkurs der Wissenschaft

Die Wissenschaft ist auf unserer Seite. Wissenschaftliche Studien, durchgeführt von Franzosen und Spaniern im psychologischen und psychiatrischen Bereich, stützen unsere Kampagne. Mehrere Studien zeigen, welche Auswirkungen die Gewalt von Stierkämpfen insbesondere auf die Psyche von Minderjäh-

rigen hat. Wie nicht anders zu erwarten, hinterlässt die Auswirkung der Gewaltszenen bei Kindern tiefschürfende psychische Spuren. Zu den emotionalen Auswirkungen kommt hinzu, dass Kinder die Grausamkeit dieser Bilder weder mental noch psychisch verstehen, geschweige denn verarbeiten können, denn ihr Geist ist noch in Entwicklung. Neben der Wissenschaft ist auch der gesunde Menschenverstand auf unserer Seite. Dieser sagt uns, dass Kinder, für die es bereits viele, auch international anwendbare Jugendschutzgesetze gibt, keinerlei Gewalt ausgesetzt werden dürfen, weder als Zuschauende noch als Ausführende, etwa im Fall minderjähriger Toreros.

Während Stierkämpfen und volkstümlichen Festen, wo Stiere, Jungtiere oder Jungkühe, etc. gequält werden, sind die Kinder nicht nur Zeugen brutaler Gewalt gegenüber dem Tier, einem hilflosen Lebewesen. Sie werden in vielen Fällen auch Zeugen von schweren Verletzungen, etwa durch Hornstösse, oder sogar des gewaltsamen Todes eines Menschen. Was diese Kinder hautnah erleben, unterscheidet sich weithin von der Gewalt, die sie in Filmen, Fernsehserien oder Videospielen sehen. Es ist der brutale Unterschied zwischen Fiktion und Realität. Im Fall der Stierkämpfe und volkstümlichen Feste, wo Tiere gequält werden, sind die Gewalt, die Brutalität, das Blut, der Geruch, die Geräusche, alles echt. Interessanterweise sind Filme mit brutalen Gewaltszenen für Minderjährige nicht zugelassen. Die scheussliche Realität der Tiermarter aber mutet die Stierkampf-Lobby den Minderjährigen gerne zu – um sie abzustumpfen und daran zu gewöhnen. Schliess-

lich ist das Quälen und Töten eines Stiers ja «Tradition» und etwas ganz Normales... Im Fall von volkstümlichen Festen, wo Stiere gequält werden, beispielsweise bei Hetzjagden durch Strassen, ist das Problem noch grösser.

Ein Kind lernt Töten

Hier kommt zum möglichen Trauma von minderjährigen Zeugen, welche Verletzungen oder gar gewaltsamen Tod mit ansehen mussten, noch das Risiko für die eigene körperliche Unversehrtheit. Es gibt dokumentierte Fälle von Kindern, die bei solchen Festen verletzt oder getötet wurden. Während Kinder in Ländern, die den Stierkampf noch erlauben, in Stierkampfschulen erlernen, wie Waffen, zum Beispiel Banderillas oder Degen eingesetzt werden, um ein Tier zu quälen und zu töten, und während sie in der Praxis an kleinen Kälbern üben, haben noch immer manche Eltern das Ziel, ihre Kinder nach dem Vorbild der erwachsenen Toreros zu Stierkämpfern auszubilden. In Spanien sind zwar Kinder unter 16 Jahren nicht zur aktiven Teilnahme im Stierkampf zugelassen. Hingegen dürfen sie ganz legal bereits in sehr jungen Jahren Stierkampfschulen besuchen. In anderen Stierkampf-Ländern gibt es in diesem Bereich keine Einschränkungen – sogar «Kindertoreros» sind erlaubt.

Eine klare Form von «Kindsmisbrauch»

Minderjährige können noch nicht dieselbe Verantwortung übernehmen wie Erwachsene. Im Fall der Kindertoreros liegt es daher auf der Hand, dass nicht sie selbst entscheiden, wann und wo sie kämpfen, wie hoch das Honorar ist, das ihr Vormund oder ihre Familien erhalten,



Zum Verzweifeln – Ein Kind lernt töten

etc. Am schlimmsten ist aber zweifellos die Unfähigkeit der Kinder, Gefahren richtig einzuschätzen. Die Stierkampflobby bestärkt sie in dieser Unfähigkeit teilweise noch! Das krankhafte Interesse, das Kinder und Jugendliche für den Stierkampf aufbringen können, wird darüber hinaus noch durch den Umstand gefördert, dass die Anerkennung eines Toreros mit dem Risiko, das er eingeht, steigt.

Der Vorsitzende der Vereinigung der Kampfstierzüchter in Mexiko, Jorge de Haro, bringt diese Tatsache erschreckend auf den Punkt. In einem Interview mit der spanischen Tageszeitung El País vom 19. April 2007 erklärt er ganz unverblümt: «Den Stierkampf erlernt man, wie Tennis oder andere Sportarten, am besten als Kind. Ausserdem muss der Stierkämpfer leichtsinnig sein. Einem Kind sind die Gefahr und das Risiko nicht bewusst. Je jünger die Kinder sind, desto besser werden sie als Stierkämpfer sein.» Er bestätigt also offen und ohne Scham, dass die sogenannte Kunst eines kämpfenden Kindes allein auf dem für Kinder typischen Leichtsinns beruht. Daher muss hier eindeutig von «Kindsmisbrauch» gesprochen werden. Denn egal ob Mensch oder Tier: es ist auf jeden Fall ein Missbrauch, ein Lebewesen

einer Gefahr auszusetzen, der er es sich nicht bewusst ist.

Erste Erfolge

Einhergehend mit dem Start der Kampagne hat sich die Fondation Franz Weber in alle Gesetze eingearbeitet, welche die Teilnahme von Minderjährigen an den blutigen Stierkampfveranstaltungen verbieten. So wurde in der vorbereitenden Kommission der spanischen Region Galizien einstimmig ein Eintrittsverbot für Kinder unter 12 Jahren bei Stierkampfveranstaltungen verabschiedet. Im März stimmt das Parlament von Galizien über diesen Vorschlag ab, um ihn in das Gesetz für öffentliche Veranstaltungen aufnehmen zu können. Des Weiteren hat die Kulturkommission von Peru einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der die Anwesenheit von unter 18-jährigen in den Stierkampfarenen des südamerikanischen Landes verbietet. Hierüber wird voraussichtlich ebenfalls im März vom peruanischen Parlament entschieden.

Auch wenn sich die Stierkampflobby über diese beiden Gesetzesentwürfe hinwegsetzen sollte, wird die Fondation Franz Weber mit unvermindertem Elan weiterarbeiten, da wo es Sinn macht und möglich ist. Nicht nur zum konkreten Vorantreiben der beiden Gesetzesentwürfe. Es geht um die Würde der Kreatur, um Schutz von Kind und Tier. Und darum, diese ethischen Grundwerte möglichst bald auch in jenen Ländern zu verankern, in denen der Stierkampf heute noch erlaubt ist. ■

Schauen Sie sich unser hoffnungsvolles Video zur Abschaffung des Stierkampfes in Katalonien an! Auf www.youtube.com, unser Kanal: FondationFranzWeber1



Zugunsten der Tiere und der Natur



Unsere Arbeit

ist eine Arbeit im Dienste der Allgemeinheit.

Die Tätigkeit der FFW wird durch die Überzeugung motiviert, dass auch die Tiervölker als Teile der Schöpfung ein Anrecht auf Existenz und Entfaltung in einem dafür geeigneten Lebensraum haben, und dass auch das einzelne Tier als empfindendes Wesen einen Wert und eine Würde besitzt, die der Mensch nicht missachten darf. In ihren Schutz- und Rettungskampagnen für unversehrte Landschaften und verfolgte und gequälte Tiere ist die Stiftung unermüdlich bestrebt, immer wieder die Verantwortung des Menschen für die Natur zu wecken und den Tieren und Tiervölkern in der menschlichen Rechtsordnung eine Stellung zu verschaffen, die ihnen Schutz, Recht und Überleben sichert.

Um weiterhin ihre grossen Aufgaben im Dienste von Natur und Tierwelt erfüllen zu können, wird die Stiftung Franz Weber immer auf die Grosszügigkeit hilfsbereiter Menschen zählen müssen. Als politisch unabhängige, weder von Wirtschaftskreisen noch durch staatliche Zuwendungen unterstützte Organisation ist sie auf Spenden, Schenkungen, Legate, usw. angewiesen. Die finanziellen Lasten, die die Stiftung tragen muss, werden nicht leichter sondern immer schwerer – entsprechend dem unaufhaltsam wachsenden Druck auf Tierwelt, Umwelt und Natur.

Steuerbefreiung

Die Fondation Franz Weber ist als gemeinnützige Institution von der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie von den direkten Staats- und Gemeindesteuern befreit. Zuwendungen können in den meisten Schweizer Kantonen von den Steuern abgezogen werden.



*Wenn alle Stricke reissen, wenn alles
vergeblich scheint, wenn man verzweifeln
möchte über die Zerstörung der Natur und
das Elend der gequälten und verfolgten Tiere,
dann kann man sich immer noch an die
Fondation Franz Weber wenden.*

*Sie hilft oft mit Erfolg auch in scheinbar
hoffnungslosen Fällen ...*

Helfen Sie uns, damit wir weiter helfen können!

Spendenkonto SCHWEIZ: Landolt & Cie., Banquiers, Chemin de Roseneck 6, 1006 Lausanne,

Konto Fondation Franz Weber IBAN CH76 0876 8002 3045 00003 oder

Postscheck-Konto No 18-6117-3, Fondation FRANZ WEBER, 1820 Montreux, IBAN CH31 0900 0000 1800 61173

DEUTSCHLAND: Raiffeisenbank Kaisersesch, Postfach, D-56759 Kaisersesch, Konto Nr. 163467, BLZ 570 691 44, BIC GENODED1KAI,
IBAN DE41 5706 9144 0000 1634 67

Bitte bevorzugen Sie das E-Banking www.ffw.ch

Eine Million Gäste

■ Hans Peter Roth

Es ist eine der schönsten Erfolgsgeschichten für Helvetia Nostra und die Fondation Franz Weber: Die Erhaltung der einmaligen Jura-Landschaft bei Vendlincourt. Und nun erhält sie eine der schönsten denkbaren Krönungen: Hohen Besuch aus dem Hohen Norden – von Millionen Nordfinken!

Plötzlich sind sie da, die Vogelschwärme. Ein unbeschreibliches Naturspektakel. Ein himmlisches Ballet, das sich jeden Nachmittag gegen 16 Uhr abspielt, passend zur anmutigen Landschaft beim jurassischen Dörfchen Vendlincourt. Millionen von Nord- oder Bergfinken formieren sich zu einer grossen, schwarzen Wolke, fliegen synchronartig in phantastischen, ständig wechselnden Formationen über die Köpfe der sprachlosen Zuschauer hinweg. Selbst Matthias Kestenholz von der Vogelwarte Sempach kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. «Im Kanton Jura haben wir viele Buchenwälder und das ist sehr wichtig für die Bergfinken, weil sie die Buchennüsse fressen, die in grosser Zahl überall auf dem Waldboden liegen», erzählt er während der Flugshow der Bergfinken gegenüber dem Schweizer Fernsehen.

Landschafts-Juwel

Nahe der östlichen Kantonsgrenze zu Frankreich, lieblich



Nord- oder Bergfinkenmännchen

eingebettet in die Juralandschaft mit ihren Hecken und Hügelzügen, umgeben von Obstgärten, Weiden und Getreideäckern, ist Vendlincourt wie geschaffen für Spaziergänge, Wanderungen, Rad-touren. Zu Recht rühmt es sich auf seiner Webseite seiner prachtvollen Wälder, wie nun auch die Bergfinken bestätigen. Ein touristisches und landwirtschaftliches Juwel in einer idyllischen, unversehrten Landschaft.

Doch auch in dieser Oase zum Erholen und Auftanken zog im Jahre 2005 Ungemach herauf, in Form eines geplanten Auto-Rundkurses. Die Pläne eines gutbetuchten lokalen Autonarren sahen eine 2,7 Kilometer lange und 13 Meter breite Autorennpiste auf 15 Hektaren Landfläche vor. Die Rundrennpiste sollte Autofirmen zum Testen und Freizeit- oder Profi-Rennfahrern als Übungsstrecke dienen. Auch das Mäntelchen „Sicherheitstraining für den Strassenverkehr“ hielt für das Projekt her. Die geschätzte

Investition von 10-12 Millionen Franken aber zeigte: Hier sollte ein rentabler Freizeit- und Rennpark aus dem Boden gestampft werden.

Das Unmögliche geschafft

Es wäre das Ende gewesen für die liebevolle Landschaft. Doch Anwohner riefen Franz Weber zu Hilfe, und der trat mit seiner Vereinigung Helvetia Nostra auf den Plan. Unbeirrbar. Durch alle Instanzen bekämpften sie den Rennbahn-Wahn. Rein rechtlich und verfassungsmässig gesehen hätte die Rundstrecke ohnehin nie gebaut werden dürfen. Kommunale und kantonale Behörden aber unterstützten die Piste, liessen Helvetia Nostra auch vor dem Jurassier Kantonsgericht abblitzen. Franz Weber und seine Verbündeten liessen sich nicht entmutigen, zogen den Fall weiter. Bis vor Bundesgericht. Und dieses fällt im März 2011 einen wegweisenden Entscheid: Das Projekt widerspreche den Richtlinien des Raumplanungsgesetzes, urteilten die

Richter in Lausanne. Zudem müsse eine Anlage dieser Grösse zwingend im kantonalen Richtplan aufgeführt sein. Nach einem fünfjährigen Kampf hat Helvetia Nostra vor Bundesgericht recht bekommen. Einmal mehr haben Überzeugung und das beherzte Dranbleiben das scheinbar Unmögliche möglich gemacht, da wo andere längst aufgegeben hätten.

Die aus Nordeuropa und Nordwestrussland angeflogenen Bergfinken, die sich nun bei Vendlincourt zur Überwinterung niedergelassen haben, danken es! Tagsüber löst sich der riesige Schwarm der schönen, bunten Vögel in kleinere Gruppen auf, die an verschiedenen Orten nach ihrer Lieblingsnahrung, den Buchnüsschen suchen, die zurzeit in Massen auf den Jurassier Waldböden liegen. Solange nicht grössere Mengen Schnee fallen, dürfte das Himmelsballet bei Vendlincourt noch eine Weile zu beobachten sein. ■



Die wunderbare Flugshow der Nordfinken über den Weihern von Vendlincourt.

(Photo: Marcus Gyger)

Projekt «Waldstadt Bremer»

Wird der Wald für Siedlungen gefällt, fällt ein weiteres Tabu

430'000 Quadratmeter. So viel Wald soll nördlich von Bern einem wahnwitzigen Siedlungsprojekt zum Opfer fallen. So jedenfalls sähen es die Initianten des Projekts «Waldstadt Bremer» gerne. Nun formiert sich endlich Widerstand, um dieses Horror-Szenario im Berner Bremgartenwald zu verhindern.

■ Hans Peter Roth

Immer mehr schwillt das Rauschen an. Dumpfes Donnern, schrill gleichzeitig – schwer zu beschreiben; aber laut auf jeden Fall. Eine kleine Gruppe schreitet Richtung Norden in den Bremgartenwald hinein, vom Berner Länggass-Quartier her kommend. Einer der Fachleute ist Franz Weibel, Forstbetriebsleiter der Burgergemeinde Bern: «Wenn wir zur Brücke kommen, wird es so laut sein, dass ich laut schreien müsste.»

Das Rauschen wird noch lauter. Ein Strom ergiesst sich unablässig durch diesen Wald, Tag und Nacht. Kein Naturereignis, nicht die Aare. Dann stehen wir bei der Brücke über den ohrenbetäubend lauten Verkehrsstrom der hier sechs- bis achtspurigen Autobahn A1. Eine gut 60 Meter breite Schneise zerschneidet von Ost nach West den Bremgartenwald. Verstärkt wird der Krach durch Motorsägen. Unterhaltsarbeiter roden rigoros die Autobahnböschung. Sicherheit muss sein und – sollte das Böschungsgebüsch doch nicht so lebensbedrohend sein – zumindest Ordnung und effizient kahles Terrain für die

Schlegelmäher. Aber darum geht es jetzt nicht – zumindest nicht direkt.

Rund 100 Meter von der Autobahn entfernt, zwischen Stadt und A1, ist der Lärm wieder so weit abgeebbt, dass man sich gegenseitig versteht. Forstbetriebsleiter Weibel spricht über die Qualität und Geschichte des Waldes hier. Fast niemand verweile in diesem Waldstück, das vor 36 Jahren durch den Bau der Autobahn am nordwestlichen Rand der Stadt Bern vom übrigen Bremgartenwald abgetrennt wurde.

Lärm im Wald

Die verantwortlichen Planer von damals hielten die Sünde, eine breite graue Schneise durch dieses Grün zu schlagen, für besonders schlau. Wald als natürliche Lärmschutz-Barriere. Jetzt ist der Lärm im Wald. Die Begehung des Waldes in diesem Bereich durch verschiedene Experten und Interessensvertreter ist kein Zufall. Die Arbeitsgemeinschaft für den Wald hat zum «runden Feldtisch» geladen. «Wald oder Stadt?» lautet die Diskussionsfrage. Gekommen sind Vertreter unterschiedlicher Interessen und Anschauungen, um sich an ei-



Rote Fläche: Ein ganzes Waldstück roden, um Wohnungen zu bauen? Undenkbar! Der Schweizer Wald ist durch das eidgenössische Waldgesetz, was Standort und Fläche angeht, streng geschützt!

nem Tisch auszutauschen, und das macht Sinn. Der Stein des Anstosses ist gross; es geht um «Waldstadt Bremer». Ein Projekt mit nationaler Signalwirkung – oder ein nationales Alarmsignal.

Schockierende Dimensionen

«Waldstadt Bremer» steht für eine Stadterweiterung im Norden von Bern. Wenn es nach den Initianten des Projekts geht, sollen dereinst bis zu 8000 Einwohner nördlich ans Länggass-Quartier angrenzend neuen Wohnraum finden. Die Dimensionen dieses «zusätzlichen Wohnangebots» lassen leer schlucken. Eine Arealfläche von 428'000

Quadratmetern soll es verschlingen. Vollends die Sprache verschlägt es einem aber, weil es sich dabei um Wald handelt. Wie bitte? Der Schweizer Wald ist durch das eidgenössische Waldgesetz, was Standort und Fläche angeht, streng geschützt.

«Als die Idee zum Projekt «Waldstadt Bremer» im Frühjahr 2004 entstand, war sie nicht viel mehr als eine verrückte Vision», räumt Peter C, Jakob, Mitinitiant und Vorstandsmitglied des Fördervereins Waldstadt Bremer ein: «Alle schüttelten im ersten Moment den Kopf. Ein ganzes Waldstück roden, um Wohnungen zu bauen? Undenkbar!» Doch die Architek-

ten und Planer brüteten weiter über der Idee und streckten Fühler aus zu Grundeigentümern, Politikern, Fachleuten aus Planung und Siedlungsentwicklung, sowie Quartierorganisationen. Das Projekt nahm zunehmend konkrete Dimensionen an. Im Mai 2005 wurde «Waldstadt Bremer» dann erstmals einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Tunnel-Blick

Nun könnte die unselige Vorarbeit der Autobahnbauer also weitere gravierende Konsequenzen haben. Das Stück Wald, eingeklemmt zwischen Stadtrand und Autobahn, soll Platz zu schaffen für die neuen Einwohner, mit denen Bern in den kommenden Jahren reichlich rechnet. Die Rodung von 43 Hektaren Wald für die neue Stadt am Stadtrand entspricht 60 Fussballfeldern, oder dem Gebiet der Berner Altstadt. Erfolgte eine Umzonung dieser Fläche in Bauland, würde sich deren Wert von 10 auf 1000 Franken pro Quadratmeter ver Hundertfachen. Das gesamte Gebiet erhielte damit auf einen Schlag einen Gesamtwert von bis zu einer halben Milliarde Franken. Ökonomisch gesehen verlockende Perspektiven, auch wenn der Mehrwert von umgezontem Waldgebiet nicht privat abgeschöpft werden darf wie bei der Umzonung von Kulturland.

Geht es nach den Promotoren, dann flössen die aus der Wertsteigerung gewonnenen Mittel in die Überdachung der Autobahn auf diesem Abschnitt. Grob geschätzt würden sich die Kosten dafür auf mindestens 300 Millionen Franken belaufen. Mit der Autobahnüberdachung liesse sich neues Terrain nutzbar machen, meint der Förderverein Waldstadt



Die Autobahn A1 in Bern: Eine gut 60 Meter breite Schneise zerschneidet von Ost nach West den Bremgartenwald

Bremer auf seiner Homepage www.waldstadtbremer.ch: «Durch die Aufhebung der bisherigen Autobahnschneise wird der Wald zudem wieder einfacher zugänglich und enger an die Stadt angebunden.»

«Rodung vertretbar»

Die Promotoren des Mammutprojekts argumentieren geschickt. Architekt Yorick Ringeisen vom Berner Architekturbüro Bauart, welches bei der «Waldstadt Bremer» die Vordenkerrolle einnimmt, gibt sich geradezu euphorisch: «Beim genaueren Betrachten wurde uns das Potenzial dieses Standortes bewusst.» Das Areal sei bereits bestens erschlossen – zwei Autobahnanschlüsse, eine Buslinie, zehn Minuten vom Hauptbahnhof gelegen, meint er gegenüber der gegenüber der «NZZ am Sonntag» und der Zeitung «Der Bund». Dies bedeute: Wenn hier verdichteter Wohnraum für 8000 Personen gebaut werde, brauche es dafür bis zu dreimal weniger Land, als wenn dies irgendwo in der Agglomeration geschähe. «Heute wird in fahrlässiger Art und Weise mit dem Boden umgegangen – darum braucht es Alternativen», meint Ringeisen. Da das Waldstück durch die Autobahn-Überdeckung und die Schaffung von Parkanla-

gen aufgewertet würde, ist für Ringeisen eine Rodung «vertretbar». Sie beanspruche «nur» fünf Prozent des gesamten Bremgartenwaldes. Zudem sei vorgesehen, einen Teil der Fläche an einem andern Ort in der Region aufzuforsten. Immer wieder lassen die Befürworter der Waldstadt auch während des Gangs durch den Wald anklingen, dass das von der Autobahn abgeschnittene Stück Bremgartenwald ökologisch gesehen eher ärmlich und daher wenig erhaltenswert sei.

Abstruse Ideen

Waldrodung am Stadtrand statt Zersiedelung in der Agglomeration also? Eine interessante Idee in einer Zeit, in der die Schweizer Landschaft unaufhaltsam unter einem Siedlungsbrei zu verschwinden droht? Auch der Begriff ist schlaue gewählt: «Waldstadt». Irgendwie stellt man sich da naturnahe Ökosiedlungen vor, ein zukunftsweisendes Projekt mit Häusern im Wald, umgeben von hohen Bäumen und Natur. Doch kritische Nachfragen zeigen schnell: die Zustimmung zum Projekt hätte verheerende Konsequenzen. Der Wald würde abgeholzt. Und keine Ökostadt käme auf der vollständig kahlgeschla-

gen Fläche nördlich der Länggasse zu liegen, sondern eine weitere kalte Monstersiedlung mit gesichtslosen, austauschbaren Beton-Schuh-schachteln. Denn etwas anderes wird im Mittelland derzeit nicht gebaut.

Zudem sind die Beteuerungen, das Projekt sei ein «klar abgrenzbarer Einzelfall» ohne Präjudiz-Charakter, und die Versprechungen von Ersatzaufforstungen nichts als hohle Worte. Peter Jakob, Architekt des Büros Bauart und Vorstandsmitglied des Fördervereins «Waldstadt Bremer» reagiert ziemlich ratlos auf die Frage, wo sich denn Bäume ersatzweise für die kahlgeschlagenen 428'000 Quadratmeter Wald aufforsten liessen. Und versteigt sich dann zu einer abstrusen Idee: man könnte Autobahnböschungen bepflanzen. Bloss: diese werden zurzeit vielfach auch abgeholzt, wie unschwer überall zu beobachten ist. Oder müsste man vielleicht noch 100 Kilometer neue Autobahnen bauen, um die nötigen frischen Böschungsflächen zur Ersatz-Bestockung bereitzustellen?

Endlich Widerstand

Tatsache ist: Im Schweizer Mittelland finden sich nirgends Flächen für Aufforstungen, und auch wo Flächen für anderweitige ökologische Ausgleichsmassnahmen herzunehmen wären, bleibt rätselhaft. Bauern sind kaum bereit, Land herzugeben, während die Schweizer Kulturlandfläche wegen der notorischen Bauerei um einen Quadratmeter pro Sekunde schwindet.

Nachdem der Förderverein «Waldstadt Bremer» bereits seit sieben Jahren für seine Anliegen weibelt, beginnt sich endlich auch der Widerstand zu organisieren. So ist

zum Beispiel der Verein Pro Bremgartenwald zu neuem Leben erwacht. In den 80er Jahren kämpfte dieser erfolglos gegen den Bau des bis heute ungenügend ausgelasteten Park and Ride Neufeld. Nun bündelt der Verein den Widerstand gegen die schweizweit diskutierte Idee der Überbauung im «Bremer». Das Projekt Waldstadt richtet sich gegen die Naturerholung und die Natur, sagt David Stampfli, Präsident von Pro Bremgartenwald. Die Waldstadt würde den Naherholungsraum der Länggasse verkleinern. Auch bestreiten die Waldstadt-Gegner, dass es sich um ein biologisch wenig wertvolles Waldstück handle: Mit dem Bau der Waldstadt würde das grösste zusammenhängende Eichenwaldgebiet im «Bremer» verschwinden. Auch diene das Gebiet zwischen Autobahn, Halen- und Bremgartenstrasse als Puffer für das Wild, das sonst weiter zurückgedrängt würde.

Furcht vor Tabubruch

Das Argument der Befürworter, man verhindere mit dem Bau der Waldstadt Einfamilienhäuschen im Grünen und damit die Zersiedelung, lässt Vereinspräsident David Stampfli nicht gelten. «Das würde nur funktionieren, wenn man die Raumplanung gemeindeübergreifend anpackt», lässt er sich von der Berner Zeitung zitieren. Die Fläche, welche für die Waldstadt eingezont würde, müsste irgendwo in der Agglomeration dafür ausgezont und nicht überbaut werden. «Das ist aber unrealistisch», so Stampfli. Ähnlich sieht es die grüne Nationalrätin und Länggass-Bewohnerin Franziska Teuscher, die ebenfalls im Vorstand des Vereins Pro Bremgartenwald sitzt: Sie

weist auf laufende Diskussionen in den Räten zum Raumplanungsgesetz hin. Diese liessen nicht vermuten, dass griffige Instrumente geschaffen werden, um die Zersiedelung zu stoppen. «In den Wald zu bauen, ist keine Lösung des Problems. Für mich persönlich würde die Waldstadt Bremer aber ein gefährliches Präjudiz schaffen.» Heute verbiete es das nationale Waldgesetz, Wald für Wohnungsbau zu roden. Würde im Bremgartenwald gebaut, käme dies einem Tabubruch gleich.

Fast alle dagegen

Und wie sieht es das betroffene Quartier selber? Durch die Waldstadt würde die Grösse der Länggasse praktisch verdoppelt. Zu befürchten wären ein massiv höheres Verkehrsaufkommen, überlastete Buslinien und zahlreiche weitere Probleme. Daher überrascht es wenig, dass sich letztes Jahr in einer Konsultativumfrage des Berner Quartiervereins Länggass-Leist 97 Prozent gegen die Waldstadt aussprachen; 92 Prozent hielten sie für «Unsinn».

Unterstützung für die Gegner gibt es auch von der SVP Stadt Bern. Die Partei will diesen Frühling sogar eine Volksinitiative zur Verhinderung der Planung Waldstadt Bremer lancieren. Es sei unverständlich, in einem Gebiet bauen zu wollen, in dem man zuerst Wald roden müsse, begründet Parteipräsident Peter Bernasconi. Und die SP/Juso-Fraktionssprecherin Ursula Marti brachte es auf den Punkt: «Es geht hier nicht um eine Waldstadt. Es geht darum, den Wald abzuholzen», sagte sie anlässlich einer Debatte im Berner Stadtrat: «Wenn wir einmal anfangen zu roden, entsteht Druck auf andere Wälder in Siedlungsnähe.»

Weitere Projekte

Lukas Bühlmann, der Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung, teilt diese Befürchtung: «Würde die Waldstadt Bremer bewilligt, liessen sich auch eine Waldrodung am Üetliberg in Zürich, eine Rodung des Allschwilerwaldes in Basel oder des Bois de la Bâtie in Genf nicht mehr verhindern.» Bühlmann glaubt, Begehrlichkeiten würden geweckt: Die Verknappung des Baulandes führe zur Forderung, die Voraussetzungen für Rodungen generell zu lockern. Tatsächlich steht Bern mit seiner Waldstadt-Idee schon nicht mehr alleine da. Die Handelskammer von Neuenburg hat kürzlich einen Ideenwettbewerb lanciert, wie der bewaldete Stadtrand umgenutzt und Raum für 8000 neue Einwohner geschaffen werden könnte. Die Eingabefrist ist Ende Jahr abgelaufen. «Es werden sich auch andere Städte über die Siedlungsentwicklung Gedanken machen – auf Kosten des Waldes», sagt Rolf Manser, der Leiter der Abteilung Wald beim Bundesamt für Umwelt. Denn es sei nicht unbegrenzt Landwirtschaftsgebiet vorhanden, das überbaut werden könne. «Der Druck auf den Wald wird steigen.»

Alle wollen verdienen

Wo aber liegt die Grundursache dieses unaufhaltsamen Überbauungsdrucks? In der Geldgier und der Zuwanderung. Solange mit dem Umzögen von Land jeder sein Geld verdient – der Bauer, der Notar, die Gemeinde, die Bauherren – so lange schreitet die Zersiedelung voran. Betreffend Zuwanderung scheint die Zukunft klar: Mehr Menschen möchten und werden in der Schweiz wohnen und arbeiten – darin sind sich alle

Prognostiker einig. Das mittlere Szenario des Bundes rechnet mit rund einer Million mehr Einwohnern bis 2030. Bis dahin werden sich allein im Kanton Zürich 200'000 zusätzliche Einwohner niederlassen, so die Annahme im Entwurf zum kantonalen Richtplan. Es muss also Wohnraum für zweimal Luzern bereitgestellt werden, oder mindestens eine Million Quadratmeter pro Jahr.

Zahlen, die nachdenklich stimmen – und aus denen die richtigen Folgerungen zu ziehen wären. Die bisherige, stillschweigend tolerierte und mehr oder weniger offen subventionierte Politik der Zersiedelung stösst an ihre Grenzen. Gefragt wären vernetztes Denken, vernetzte Lösungen. Doch da hapert's gewaltig. Weder Bauern, noch Planer, weder Architekten noch Notare interessieren sich gross für Dinge, die näher an der Wurzel des Übels liegen. Zum Beispiel die Schweizer Einwanderungspolitik oder die Personenfreizügigkeit.

Kalte Füsse

Die Füsse sind kalt geworden während der winterlichen Begehung des Bremgartenwalds. Auf die Frage in die Runde, warum man denn in der Schweiz die unablässige Überbauerei verbunden mit Bevölkerungswachstum, Einwanderungspolitik und Personenfreizügigkeit gewissermassen als unantastbares Naturgesetz einfach hinnehme, herrscht betretene, nur vom Autobahnlärm überdröhnte Stille. Hier sei nicht der richtige Ort für eine solche Diskussion, sagt schliesslich ein Vertreter des Fördervereins Waldstadt Bremer. Wo denn dann? Wir werden die dramatischen Folgen dieses «Naturgesetzes» noch zu spüren kriegen. ■

Heimat bewahren



Heimat und Geborgenheit. Dieses Gefühl vermitteln intakte Landschaften. Und im internationalen Wettbewerb um Feriengäste sind sie der wichtigste Trumpf der Schweiz. Wenn gerade in den Tourismusregionen ständig neue Zweitwohnungen aus dem Boden schiessen, die traditionellen Ortsbilder entstellen und die Landschaft zersiedeln, ist dieser Vorteil akut bedroht. Das grösste Problem: Die Ferienwohnungen sind meist nur wenige Wochen im Jahr belegt. Sonst stehen sie leer. Die Initiative "Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen" will verhindern, dass noch mehr "kalte Betten" in unseren Feriengebieten zu stehen kommen.

Natur retten



Der exzessive Bau von Zweitwohnungen in der Schweiz – pro Jahr rund 8'000 – trägt ganz entscheidend dazu bei, dass in unserem Land jede Sekunde ein Quadratmeter Land überbaut wird. Das entspricht der Fläche des Brienersees, die jedes Jahr unter Beton verschwindet. Ein ökologischer Irrsinn. Denn für den Bau von Zweitwohnungen, die fast immer leer stehen, braucht es auch grosse Erschliessungsbauten. Diesem fortgesetzten, kurzsichtigen Land- und Landschaftsverschleiss will die Initiative "Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen" nachhaltig entgegenwirken.

Bevölkerung schützen



Einheimische in Tourismusorten leiden in vielerlei Hinsicht besonders unter dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen. Sie sind die ersten Opfer von Spekulation und schnellem Geld, das mit neuen Zweitwohnungen gemacht wird. Boden, Liegenschaften, Mieten: alles verteuert sich massiv, wird unerschwinglich. Einheimische werden zu "Vertriebenen" in ihrem eigenen Dorf; sie müssen oft weit weg ziehen, an günstigere Wohnstandorte. Die gewachsene soziale Struktur solcher Orte zerfällt. Einheimische in Tourismusgebieten sollen nicht in überbelegten Geisterstädten mit Blick auf geschlossene Fensterläden leben müssen.

Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen **JA**
am 11. März 2012
www.zweitwohnungsinitiative.ch

**Bitte unterstützen Sie die Abstimmungskampagne mit einer Spende:
HELVETIA NOSTRA, PC 18-5900-6**

Kontakt

FONDATION FRANZ WEBER
HELVETIA NOSTRA
Case postale
CH-1820 Montreux 1
Schweiz

Tel: +41 (0)21 964 24 24
Tel: +41 (0)21 964 37 37
Fax: +41 (0)21 964 57 36
ffw@ffw.ch
www.ffw.ch



Flurina Bezzola, Studentin in Chur, aus Pontresina

Schluss! Jetzt reicht's! Die Natur ist unsere Lebensgrundlage. Aber bei uns im Engadin wird sie immer mehr durch Zweitwohnungen zugebaut. Es braucht gesetzliche Grundlagen, um dies zu stoppen. Darum stimme ich JA.

Graue Energie



Graue Energie für die Zementherstellung. Die Produktion von Zement ist derart energieintensiv, dass sie in der Schweiz für neun Prozent des gesamten CO₂-Ausstosses verantwortlich ist.

Die Zweitwohnungen fressen nicht nur Land. Sie sind eigentliche Energieschleudern. 70 Prozent verpufft während den Leerzeiten als überflüssige Heizenergie. Dazu kommt die „graue“ Energie.

■ **Silvio Baumgartner**

Wenn es um staatliche Bekennnisse zur Energieeffizienz geht, um Beteuerungen des Bundes zur Reduktion von CO₂-Emmissionen, dann wäre die aktive und konsequente

Beschränkung des Zweitwohnungsbaus eines der effizientesten Mittel im Hinblick auf die hehren Sparziele. Denn Zweitwohnungen fressen nicht nur unaufhaltsam weiteren unersetzlichen Boden auf und verschandeln die Landschaft. Sie verschlingen auch ungeheuer viel Energie und noch dazu auf eine ungeheuer ineffiziente Art.

Die Energieverschleuderung beginnt schon beim Bau, in Form von grauer Energie. Als «grau» gilt die Energie, die es zur Herstellung eines Gegenstandes braucht, zum Beispiel

zum Bau eines Hauses. Dazu gehören einerseits die Baumaterialien wie Beton, Stahl, Glas, Verbundstoffe, Isolationsmaterialien, Holz, etc., andererseits die Energie für deren Transport, für Strassenbau, Leitungsnetze und für die Baumaschinen vor Ort. Darüber hinaus wollen diese Bauten in Zukunft auch beheizt werden – und zwar dauernd, obschon sie fast dauernd leerstehenden. Denn kein Zweitwohnungsbesitzer will Schäden durch Kälte, oder kalte Betten, die bei Ankunft zum seltenen Besuch

des Zweitdomizils allzu kalt sind. Einige Zahlen zur Energieverschwendung geben Aufschlüsse, die aufrütteln müssten. Zum Beispiel die graue Energie für die Zementherstellung.

Der grosse Widerspruch

Zement als zentraler Bestandteil von Beton, muss mit einer Temperatur von 1450 Grad gebrannt werden. Dafür verbrennen die Zementhersteller fossile Energieträger und alternative Brennstoffe wie Bauabfälle. Auf jeden Schweizer werden pro Kopf



Lässt sich der Treibstoffverbrauch von Baggern, Betonmischern, Sattelschleppern, Kipplastern, Kränen und anderem Gerät zum Bau von Zweitwohnungen vereinen mit den postulierten Energiespar-Zielen?

und Jahr über 400 Kilo Zement verbraucht, also mehr als ein Kilo Zement pro Tag und Person. Dies hat vor allem mit der überhitzten Bautätigkeit in unserem Land – auch für Zweitwohnungen – zu tun. Gesamthaft entstehen pro Tonne Zement rund 680 Kilogramm CO₂. Die Produktion von Zement ist derart energieintensiv, dass sie in der Schweiz für neun Prozent des gesamten CO₂-Ausstosses verantwortlich ist. Dies ist auf der Homepage des Schweizer Zementriesen Holcim nachzulesen.

Ist der uferlose Bau von Zweitwohnungen, der enorme Mengen von Zement, Beton, Stahl, Glas und anderen energieintensiven Baumaterialien verschlingt, mit den CO₂-Zielen des Bundes vereinbar? Und wie steht es mit dem Treibstoffverbrauch von Baggern, Betonmischern, Sat-

telschleppern, Kipplastern, Kränen und anderem Gerät zum Bau von Zweitwohnungen? Ist dieser kongruent mit den postulierten Energiespar-Zielen?

Alarmierende Zahlen

Doch das dicke Ende kommt erst noch. Gemäss der Schweizerischen Energiestatistik verbraucht unser Land im Schnitt pro Jahr rund 11 Millionen Tonnen Erdöl, davon allein 4,5 Millionen Tonnen Heizöl. Oft unnötigerweise, da die geheizten Räume nicht immer benutzt werden. Besonders krass: die Zweitwohnungen, die nur zu einem Bruchteil der Zeit bewohnt sind. In den meisten Fällen wird trotz Abwesenheit geheizt. Mag sein, dass Besitzer beim Weggang die Temperatur manuell um wenige Grad herunterschrauben. Nicht wenigen gutbe-

tuchten Eigentümern aber spielen Ressourcen keine Rolle; sie beheizen das leere Haus voll – das ganze Jahr hindurch. Ein enormer, nutzloser und kostspieliger Energieverbrauch mit dem damit verbundenen gewaltigen Ausstoss an Treibhausgasen. Studierende der ETH Zürich haben das Heizverhalten von Zweitwohnungs- und Ferienhausbenutzern im Jahr 2005 in einer Fallstudie untersucht. Ein Fragebogen, der von 460 Besitzern von Zweitwohnungen oder Ferienhäusern in Vaz/Obervaz GR beantwortet wurde, liefert alarmierende Ergebnisse. 16 Prozent der Befragten lassen die Heizung bei Abwesenheit nicht auf reduzierter Stufe laufen. Ein grosser Teil der übrigen 84 Prozent der Personen reguliert die Raumtemperatur auf 15 bis 18 Grad.

Rauch und schallende Ohrfeige

Jürg Nipkow von der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz S.A.F.E. hat in einer Studie zu Elektroheizungen ein Sparpotential von 70 Prozent berechnet, wenn die Raumtemperatur bei Abwesenheit auf die minimale

Frostschutztemperatur reduziert wird, statt lediglich um wenige Grad, wie es gemäss obiger Umfrage oft gemacht wird. Mit deutlicheren Worten: 70 Prozent der Heizenergie verpufft nutzlos, wenn eine leere Wohnung beheizt wird. Dieses ungenutzte Sparpotential gilt gleichermaßen für Ölheizungen – das häufigste Heizsystem in Ferienwohnungen (59 Prozent, im Vergleich dazu Elektrizität, 13 Prozent).

Bei einer typischen Ölheizung liegt das durchschnittliche Energiesparpotenzial pro Zweitwohnung bei 5'800 Kilowattstunden im Jahr. Beklemmend dabei: *Jede Stunde wird in der Schweiz im Durchschnitt eine neue Zweitwohnung fertig gestellt.* Das bedeutet gewaltige Mengen an grauer Energie und jede Stunde eine neue Mehrverschwendung von 5'800 Kilowattstunden pro Jahr, sei dies Heizöl oder Atomstrom.

Fazit: Der Bund lässt mit seiner Laissez-Faire-Politik nicht nur dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen freien Lauf. Er versetzt auch den eigenen Lippenbekenntnissen zur CO₂-Reduktion und Energieeinsparungen eine schallende Ohrfeige. ■



Wärmebild eines Gebäudes: je heller die Farbe, desto grösser der Energieverlust. So verpufft praktisch das ganze Jahr über ungenützte Heizenergie von Zweitwohnungen, die fast immer leer stehen.

Selbst die Gegner geben uns recht

■ **Silvio Baumgartner**

Mit dem mutigen Volksbegehren gegen uferlosen Zweitwohnungsbau kann sich Franz Weber einmal mehr des Missfallens breiter Kreise sicher sein. Doch selbst die Gegner zollen ihm Respekt – und geben ihm in vielem Recht.

Die Medienmitteilung vom 13. Januar 2012 liess aufgehoben. Sie war verfasst vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK und nimmt Stellung zu Webers Zweitwohnungs-Initiative. Die Mitteilung umreisst unter anderem das Ziel der Initiative: «Die von der Umweltorganisation Helvetia Nostra lancierte Volksinitiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen“ will die Zersiedelung der Landschaft stoppen. Sie verlangt zu diesem Zweck, den Anteil an Zweitwohnungen pro Gemeinde auf höchstens 20 Prozent am gesamten Wohnungsbestand zu beschränken.»

Nun kommt die bemerkenswerte Passage: «Auch der Bundesrat ist der Auffassung, dass es im Zweitwohnungsbau strenge Vorschriften braucht», heisst es in der Medienmitteilung: «Denn Zweitwohnungen beanspruchen zusätzliche Flächen und führen zu höheren Immobilienpreisen, was es Einheimischen erschweren kann, bezahlbare Wohnungen zu finden. Zweitwohnungen werden zudem oft auf der grünen Wiese gebaut, während sanierungsbe-

dürftige Wohnungen im historischen Ortskern leer bleiben.»

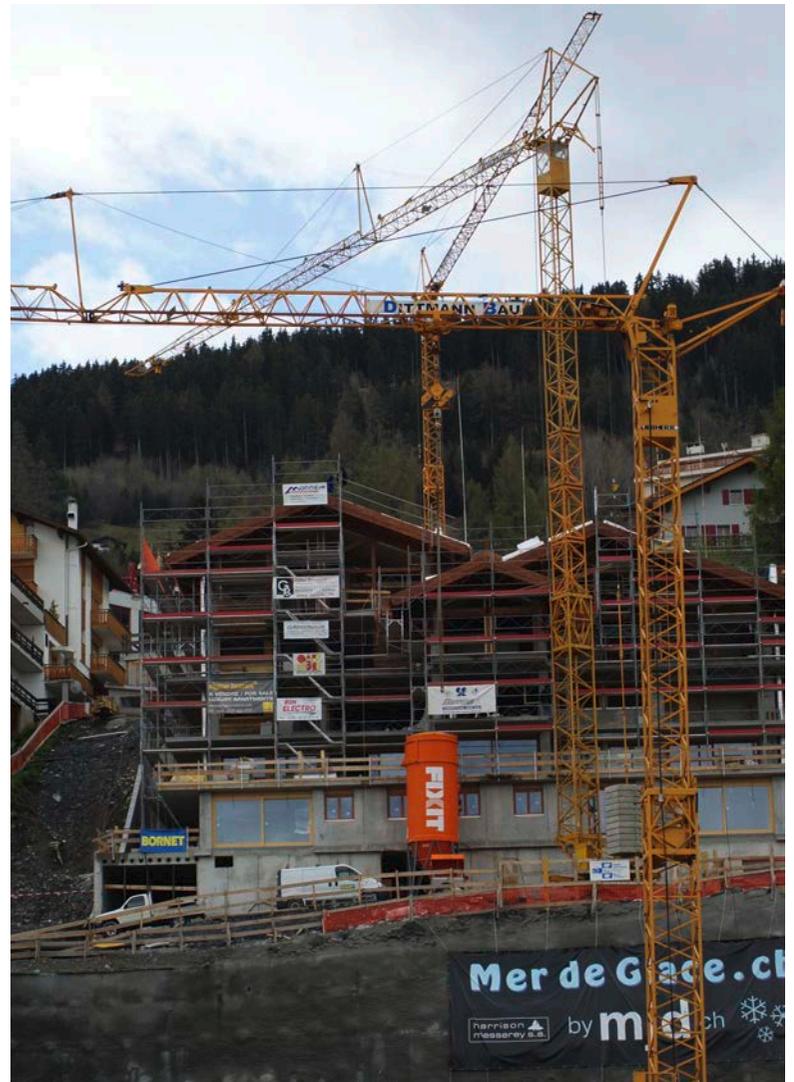
Furcht und Respekt

Natürlich folgen danach die bekannten Argumente, warum die Initiative aus Sicht des Bundesrates der «falsche Weg» sei. Wenn aber selbst Gegner einem Anliegen grundsätzliche Berechtigung einräumen und im Falle der Zweitwohnungsinitiative mit einem Gegenvorschlag darauf reagieren, dann ist dies vielmehr ein deutliches Zeichen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, und dass selbst die Gegenseite einen Erfolg unseres Volksbegehrens nicht ausschliesst. Deren Furcht, in Zweitwohnungs-Kantonen wie Graubünden und Wallis besonders deutlich spürbar, ist ein klares Zeichen von Respekt, auch wenn teilweise mit völlig absurden Argumenten Panik gemacht wird. Die Initiativ-Gegner sind sich ihres Erfolges nicht sicher.

Es ist mit das Resultat der Einreichung unserer Initiative, dass das Raumplanungsgesetz RPG revidiert wurde. Dies ist schon ein erster Erfolg, auch wenn «Auswüchse» mit dem revidierten RPG bei weitem nicht so «rasch und wirksam bekämpft werden» können, wie Bundesrätin Doris Leuthard behauptet. Dazu müsste schon unsere Initiative angenommen werden.

Bereits erfolgreich

Doch egal wie es herauskommt: die Zweitwohnungsinitiative ist bereits ein Erfolg. Der uferlose Bau von Zweitwohnungen und die Zerstö-



«Das ist die grösste Fehlentwicklung im Schweizer Tourismus»

(Professor Hansruedi Müller, früherer Direktor des Forschungszentrums für Freizeit und Tourismus an der Universität Bern)

runng unserer Landschaft sind breit behandelte Themen in den Medien geworden. Unsere Initiative ist auch wegbereitend für die Landschaftsinitiative, die später zur Abstimmung kommt. Vielleicht bringt es Beat Kohler, Chefredaktor bei der Jungfrau Zeitung, die bisher recht einseitig gegen unsere Initiative geschrieben hat, auf den Punkt. Es sei unbestritten, dass Franz Weber mit seinen Vorstössen etwas erreiche: «Er bringt un-

beliebte Themen aufs Tapet. Mit der Volksinitiative „Schluss mit uferlosem Zweitwohnungsbau!“ hält er den Finger auf eine offene Wunde. Die fortschreitende Zersiedelung sorgt auch zwischen Grindelwald und Interlaken für Schäden im Landschaftsbild. Das muss nicht sein.» Wenn Weber mit seiner «Maximalforderung» am Schluss den Weg für eine gangbare Lösung ebne, müsse man dies zumindest anerkennen. ■



Grandhotel Giessbach

BRIENZ



Das herrlichste Kleinod im Juwelenkranz des Berner Oberlands ist der Giessbach.
Besuchen Sie es!

Unser beliebter

Frühlingszauber im Märchenschloss

3 x übernachten - 1 x gratis

Buchbar von 22. April bis 30. Juni 2012

Anreisetage: Sonntag/Montag/Dienstag/Mittwoch (ohne Feiertage)

Doppelzimmer Romantik	CHF 648.–	statt CHF 882.–
Doppelzimmer Bellevue	CHF 808.–	statt CHF 1'122.–
Juniorsuite	CHF 968.–	statt CHF 1'362.–
Einzelzimmer Romantik	CHF 364.–	statt CHF 516.–

Zuschläge: Wochenenden (Freitag- und Samstagnacht) und Feiertage CHF 20.– pro Person und Nacht.

Die Preise verstehen sich pro Zimmer, für 3 Nächte, inklusive Frühstücksbuffet

Lassen Sie sich rundum verwöhnen mit unserer

«Kulinarik-Pauschale»

1 Abend mit abwechslungsreichem Menu im Parkrestaurant bei den schäumenden Giessbachfällen

1 Abend bei einem raffinierten Degustationsmenu im Gourmet-Restaurant Le Tapis Rouge (15 Punkte im Gault Millau)

CHF 182.– pro Person

«Die historische Hotelresidenz über dem Brienzersee»

GRANDHOTEL GIESSBACH****

CH-3855 Brienz Tel. +41 (0)33 952 25 25 Fax +41 (0)33 952 25 30

grandhotel@giessbach.ch www.giessbach.ch

swiss
historic
hotels